

Aktuelle steuerpolitische Baustellen

Dienststelle Steuern des Kantons Luzern
Felix Muff - Dienststellenleiter
19.09.2012

- **Allgemeine Lage**
- **Internationale Baustellen**
 - Neue Finanzplatzstrategie
 - EU-Abgeltungssteuerabkommen
 - Neue Amtshilfepolitik - EU-Steuerdialog
 - USA-Steuerstreit
- **Nationale Baustellen**
 - Unternehmensbesteuerung
 - Familienbesteuerung
 - Wohneigentumsförderung
- **Kantonale Baustellen**
 - Initiative zur Abschaffung Liegenschaftssteuer
 - Aufwandbesteuerung
 - Mögliche Stossrichtung von zukünftiger STGrev.

- **Von der Finanz- zur Wirtschafts- zur Schuldenkrise**
 - dramatische finanzpolitische Lage in vielen Staaten
 - verstärkte Bemühungen zur Erhöhung des Steuer-
aufkommens:
 - Forderung nach mehr Transparenz und
Informationsaustausch
 - Verschärfung von Missbrauchsbestimmungen
und Aussensteuerrecht „schwarze Listen“
 - Trends zu Steuererhöhungen
→ **Dilemma:** Gefährdung der Konjunkturlage

- **Von der Finanz- zur Wirtschafts- zur Schuldenkrise**
 - Folgen:
 - ➔ EU-USA-Powerplay - Druck auf Tiefsteuerländer mit präferenziellen Steuerregimes
 - ➔ Rechts- und Planungsunsicherheiten für die Steuerzahler (Unklare Abgrenzung zwischen Steuerplanung, -umgehung, -hinterziehung)
 - Stand der Diskussion in G20:
 - ➔ Informationsaustausch als erste Priorität
 - ➔ Diskussionen, aber noch keine Einigung über Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer

- **Situation in der CH**
 - Steuerstandort Schweiz hat seine Stellung verbessert
 - Verzicht auf grosse Konjunkturpakete (direkt/indirekt)
 - Steuersenkungen während globaler Wirtschaftskrise
 - „Verschnaufpause“ für Exportindustrie (Euro-Limite)
 - nach wie vor tiefe Staatsverschuldung (exkl. implizite Schulden aus Soz. Versich. und demografischer Entwicklung)

- **Situation in der CH**
 - „Abzocker-Debatte“ beeinflusst auch die Steuerpolitik:
 - ➔ „Bonussteuer“ im Parlament abgelehnt
 - ➔ Volksabstimmung ohne Gegenvorschlag
 - heikle Allianzen von Flügelparteien in aussenpolitischen Dossiers (z.B. Referendum zu Abgeltungssteuerabkommen von JSP, JSVP und AUNS)
 - Neuausrichtung Amtshilfepolitik
 - Politische Konsensfähigkeit für wichtige Reformen sehr bescheiden
 - ➔ Eigenmietwert - Wohneigentumsförderung
 - ➔ EU-Steuerstreit
 - ➔ Vereinfachung Steuersystem
 - ➔ Einheitssatz Mwst u.v.m.

- **Bundesrätliche Finanzplatz- und Weissgeldstrategie**

- 1. Ebene
 - steuerliche Regularisierung von un versteuerten ausländischen Kundenguthaben
 - 2. Ebene
 - Abschluss von Internationalen Quellensteuerabkommen unter Wahrung der Privatsphäre
 - Verbesserte Amts- und Rechtshilfe (Anpassung DBA's, neues Amtshilfegesetz)
 - Ausweitung der Sorgfaltspflichten von Finanzdienstleistern
- ➔ EFD wird Details im Frühling 2013 zeitgleich mit der Revision des Geldwäschereigesetzes kommunizieren.

- **Stand der Abgeltungssteuerabkommen mit EU-Staaten**

Deutschland

- Nachverhandlungen mit CH-Zugeständnissen (höherer Abgeltungssatz und mehr „erleichterte“ Amtshilfegesuche)
- Zustimmung im CH-Parlament erreicht
- laufende Referendumsbemühungen von JSVP, JSP und AUNS (Unterschriftensammlung bis 27. Sept.)
- Politische Verstimmung über weiteren CD-Erwerb (aktiv oder passiv) von gestohlenen Bankdaten
- SPD-Widerstand (div. Bundesländer u.a.NRW) Abstimmung im deutschen Bundesrat (Länderkammer) im November 2012 ungewiss (Wahlkampfmanöver)

Grossbritannien und Österreich

- Inkraftsetzung per 01.01.2013 ausserpolitisch unbestritten

- **Abgeltungssteuerabkommen mit EU-Staaten**
 - Ausdehnung der Abkommen auf folgende Staaten in Diskussion:
 - mit Italien
 - mit Griechenland
 - mit Spanien
 - Mögliche „Pferdefüsse“ der Abgeltungssteuerabkommen:
 - CH = kleines Land, Welt = 200 Länder; unterschiedliche Abkommen = höchste Umsetzungscomplexität und hohe Kosten (500 Mio. CHF) = mögliche Diskriminierung von kleinen CH-Banken
 - Ungewisse Halbwertszeit der Abkommensstrategie
 - Ungewissheit über weitere Bankdaten-CD-Käufe durch einzelne deutsche Bundesländer (siehe NRW-Ankündigung)

- **Konsequenzen bei **Ablehnung** der Abgeltungssteuerabkommen**
 - **Durch den CH-Souverän** anlässlich Referendumsabstimmung (25. Nov. 2012)
 - Konzept und weiterer Roll-Out des Abgeltungssteuermodells wird stark erschwert
 - Druck vom Ausland für die rasche Umsetzung des automatischen Informationsaustausches steigt
 - CD-Bankdatenhandel wird aktiv bleiben
 - Rechtssicherheit für Bankangestellte bleibt offen (keine strafrechtliche Verfolgung von Bankangestellten)
 - **Durch Länderkammer Deutschland (Nov. 2012)**
 - CH sei nicht zu Nachverhandlungen bereit – es bliebe beim „alten Regime“ ohne Regularisierung der unversteuerten Vermögen

- **Neuausrichtung CH-Amtshilfepolitik (1)**

- März 2009: Übernahme Art. 26 OECD-Musterabkommen
(=Erweiterung Amtshilfe auch bei Steuerhinterziehung, jedoch nur beschränkt im begründeten und konkreten Einzelfall möglich)
- ab 2009: Nachvollzug in diversen DBA's
- 1. Okt. 2010: Inkraftsetzung Amtshilfeverordnung
(wird durch Steueramtshilfegesetz per 2013 abgelöst)
- Okt. 2010: Phase 1 der Einhaltungprüfung OECD-Standard
(sog. Peer-Review durch Global Forum*)
- Feb. 2011: Nachbesserung DBA's
(aufgrund unterschiedlicher Interpretationen ESTV und Global Forum drohte im anstehenden Peer Review eine erneute OECD-Sanktion → graue Liste)

* Global Forum: G20-Staaten, OECD-Staaten sowie alle restlichen Staaten mit internationalem Amtshilfestandard

- **Neuausrichtung CH-Amtshilfepolitik (2)**

Juli 2012: OECD-Rat erklärt Gruppenanfragen zum neuen Standard; → CH stimmt zu
 → Abweichung zu „Fishing Expeditions“ wird zunehmend schwer erkennbar

Ende 2012: Phase 2 der Einhalteprüfung durch Global Forum
 → Fokus: Effizienz des Informationsaustauschs

01.01.2013: Inkraftsetzung Steueramtshilfegesetz
 → Beratung im Parlament läuft noch

- **Mögliche Auswirkungen für Inländer**

Das Bankgeheimnis und dadurch auch die verbleibende inländische Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug kommt politisch unter Druck

→ Weiterbestand des Bankgeheimnis auch im 2020ff ?

→ Druck auf Informationsaustausch steigt

Noch kein Durchbruch im USA Steuerstreit

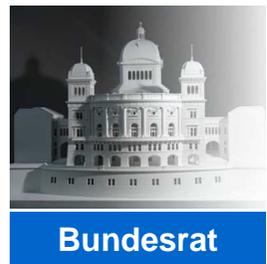
Ausgangslage: US-Untersuchung gegen 11 CH-Banken wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung



Januar 2012: US-Klage gegen 3 Wegelin-Mitarbeiter
→ Älteste CH-Privatbank wird zur Kapitulation gezwungen



April 2012: Bundesrat stimmt Lieferung von Mitarbeiterdaten von CH-Banken an USA zu. (Ziel: Globallösung (10 Mia. CHF?))



Erlaubnis



MA-Daten



Klage



Bankmitarbeiter

Sommer 2012: Klage der Mitarbeiter gegen ihre Arbeitgeber

Nebenschauplatz:
Laufende rechtliche Klärung bez. möglicher Verstösse gegen

- das Arbeitsrecht
- das Datenschutzgesetz



2012 / 2013: Globallösung ausstehend / vorgängige US-Klagen gegen einzelne Kantonalbanken denkbar (Busse, Reputation)

- **Restanzen aus Unternehmenssteuerreform II**
 - Kapitaleinlageprinzip brachte nicht vorhergesehene „Mindereinnahmen“ (dafür Erhöhung der Standortattraktivität)
 - Bundesgericht hat Beschwerde abgelehnt, Reform ist somit rechtlich definitiv
 - Parlamentarische Diskussionen über Einschränkung des KEP
 - ➔ Nationalrat: Ablehnung
 - ➔ Ständerat: Rückweisung Motion Fetz und Bischof an WAK-S

■ Unternehmenssteuerreform III (1)

(vom Bundesrat am 10. Dez. 2008 angekündigt)

■ **Stärkung Unternehmensstandort** durch Abbau von Steuerlasten

- Abschaffung von Emissionsabgabe
- Verbesserung der Konzernfinanzierung
- Verbesserung des Beteiligungsabzugs
- Möglichkeit für die Kantone, auf die Erhebung der Kapitalsteuer gänzlich zu verzichten

➔ Mindereinnahmen Bund: ca. 500 Mio. p.a.

- **Unternehmenssteuerreform III (2)**
 - **Anpassung der kantonalen Steuerstatus**
 - **Ziel:** Erhöhung der internationalen Akzeptanz und damit der Rechts- und Planungssicherheit
 - Holdinggesellschaften: generelles Verbot der Geschäftstätigkeit
 - Gemischte Gesellschaften: Verzicht selektive Besteuerung Inland-/Auslanderträge
 - Domicilgesellschaften: Abschaffung des Status
 - Weitere Massnahmen offen gelassen
 - **Zeitplan**
 - Inhalt der Reform und Zeitplan nach wie vor ungewiss
 - (abhängig vom Verlauf des EU-Dialogs)

- **Unternehmenssteuerreform III (3)**
 - „Vorgezogene“ Massnahmen auf Praxisstufe
 - ➔ VST-VO-Änderung Konzernfinanzierung
 - Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital
 - ➔ Teil der Vorlage „too Big to Fail“
 - ➔ vom Parlament verabschiedet
 - Inkraftsetzung per 1. März 2012
 - Anpassung der Verrechnungssteuer auf Obligationen (Übergang zum Zahlstellenprinzip)
 - ➔ Teil der Vorlage „too Big to Fail“
 - ➔ Parlamentarische Beratung pendent

■ Unternehmenssteuerreform III (4)

■ Neue Entwicklungen: Steuerkontroverse Schweiz - EU

- Juni 2010: EU-Einladung zur Übernahme des EU-Verhaltenskodex
(insbes. Steuerliche Ungleichbehandlung in- & ausländische Erträge von Holding-, Verwaltungs- und gemischten Gesellschaften)
- 2011/2012: Sondierungsgespräche für die Voraussetzungen eines Dialogs
- Juni 2012: Bundesrat verabschiedet **Mandatstext** zum EU-Dialog mit **drei** Zielen:
- ➔ Wahrung der CH-Attraktivität als U-Standort
 - ➔ Steigerung der internat. Akzeptanz
 - ➔ Einnahmensicherung von Bund & Kantonen
- Herbst 2012: Konsultative Vorlage an Parlament

- **Unternehmenssteuerreform III (5)**

- **Neue Entwicklungen**

Jan. 2011: Kanton NW
Einführung einer Lizenzbox
➔ Modell mit Zukunft?

Jan. 2012: Kanton Luzern
Tiefste Gewinnsteuerbelastung

Juni 2012: Kanton Luzern
Postulat Kottmann P203* zur Prüfung
Lizenzboxeinführung

* siehe Link parlamentarische Vorstösse:

http://www.lu.ch/index/kantonsrat/geschaeft/vorstoesse_2011-2015.htm

■ Familienbesteuerung

■ „Knacknüsse“

- Belastungsrelationen zwischen Ehe- und Konkubinatspaaren
 - „Heiratsstrafe“
- Belastungsrelationen zwischen Ein- und Zweiverdiener-ehepaaren
 - Sofortmassnahmen per 2008
 - Einführung Verheiratetenabzug (Fr. 2'600)
 - Erhöhung Zweiverdienerabzug (50% vom tieferen Einkommen, mind. Fr. 8'100 max. Fr. 13'200)
- Kinderlasten:
 - Betreuungskosten (Fremd- vs. Eigenbetreuung)
 - steuerliche Behandlung von Kinderzulagen

■ Familienbesteuerung

■ „Heiratsstrafe“ (1)

- BGE 1984
Steuerbelastung von Ehepaaren darf diejenige von Konkubinatspaaren um. max.10% übersteigen
- Auf Stufe Kanton ist diese Diskriminierung weitgehend ausgeräumt (z.B. Splitting, Tarifmassnahmen)
- Direkte Bundessteuer erfüllt die Vorgaben noch immer nicht
- Heiratsstrafe verbleibt in Teilbereichen
 - ca. 80'000 Zweiverdienerehepaare mit mittleren und hohen Einkommen
 - Bestimmte Rentnerehepaare

- **Familienbesteuerung**

- **Kinderlasten**

- Hängige Volksinitiativen

- SVP

- Betreuungskostenabzug auch bei Eigenbetreuung (zustandegekommen)

- CVP

- Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen (lanciert)

■ Familienbesteuerung

■ Beschlüsse des Bundesrats vom 12.10.2011 (1)

- Ziel: Erreichung von ausgewogenen Belastungsrelationen
 - ➔ Beseitigung der Heiratsstrafe
 - ➔ Ein- vs. Zweiverdienerehepaare
- Massnahmen:
 - ➔ „**Alternative Belastungsrechnung**“ zur Beseitigung der Heiratsstrafe
 - ➔ Prüfung der Einführung eines Einverdienerabzugs
- Auswirkungen:
 - ➔ Mindereinnahmen 870 Mio. – 1.3 Mia.p.a.
 - ➔ Gegenfinanzierung offen

- **Wohneigentumsförderung**

- **Bausparen**

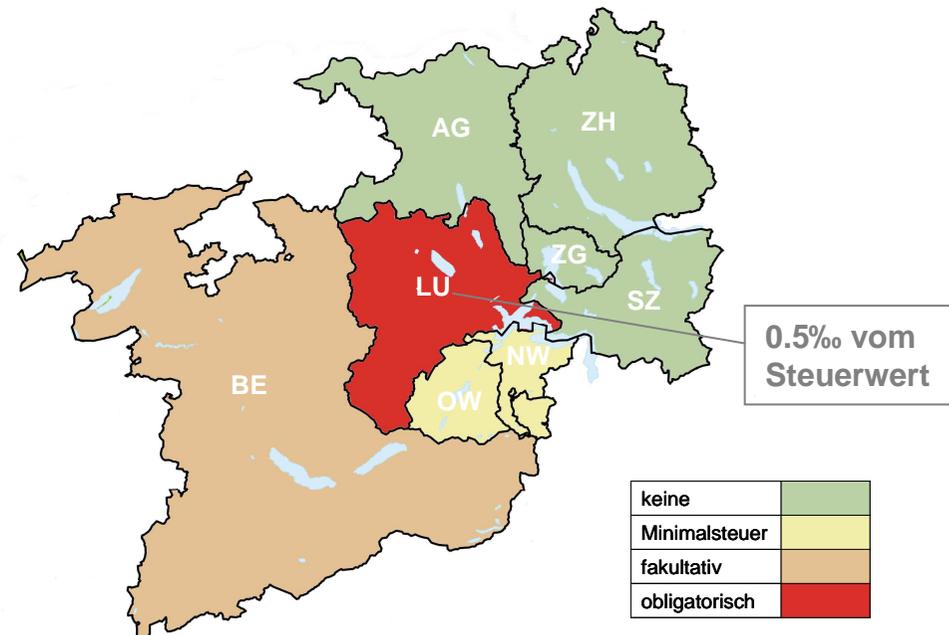
- 2 Volksinitiativen zur Einführung eine Bausparabzugs abgelehnt

- **Eigenmietwert**

- 1 Volksinitiative zum Eigenmietwert; individuelles Wahlrecht auf Systemwechsel für Rentner
 - Vorschlag des Bundesrats zur generellen Abschaffung des Eigenmietwerts im Parlament abgelehnt
 - Abstimmungstermin: 23. September 2012

■ HEV-Initiative 2011 zur Abschaffung Liegenschaftssteuer

- Vorgeschichte: Diverse Vorstösse aus 1999,2005
breiter politischer Konsens über Abschaffung;
Dissens über finanzpolitische Tragbarkeit
und/oder steuerpolitischen Prioritäten
- Steuerausfälle: 36 Mio. (je 18 Kanton und Gemeinden)
- RR-Beratung: Ablehnung ohne Gegenvorschlag
- WAK-Beratung: noch offen - intensive Suche nach
alternativen Vorschlägen
- Volksabstimmung: vermutlich 2013/2014



- **Aufwandbesteuerung auf Stufe Kanton**

Volksablehnung zur Initiative „Schluss mit Steuerprivilegien für ausländisch Millionäre“

(mit 54% in Volksabstimmung vom 11.03.2012)

Ablehnung der Initiative und Annahme Gegenvorschlag mit folgenden Eckwerten:

Mindesteinkommen:	600 TCHF
Mindestvermögen:	12 Mio.CHF
Inkraftsetzung:	01.01.2013
Übergangsfrist:	5 Jahre

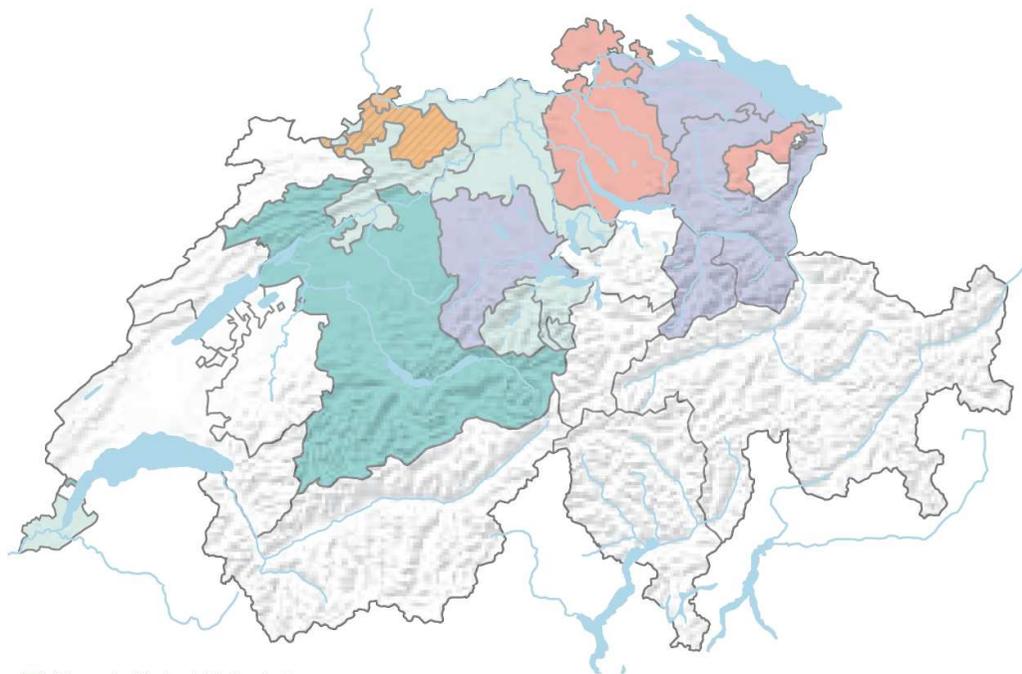
- **Aufwandbesteuerung auf Stufe Bund**

→ **Volksinitiative zur Abschaffung** (DBG und StHG)
(Sammelfrist läuft bis 19.10.2012, Zustandekommen wahrscheinlich)

→ Indirekter Gegenvorschlag Bund:
Neue Mindesteinkommensgrenze: 400 TCHF

Gesamtübersicht Volksabstimmungen zur Aufwandbesteuerung

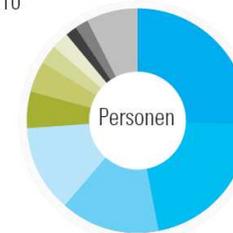
Pauschalbesteuerung in den Kantonen



- Abgeschafft durch Volksabstimmung
- Abschaffung in Volksabstimmung (GL: Landsgemeinde) gescheitert
- Abschaffung von Kantonsparlament befürwortet
- Volksabstimmung anstehend
- Unterschriftensammlung für Volksinitiative (SO: Volksmotion) läuft

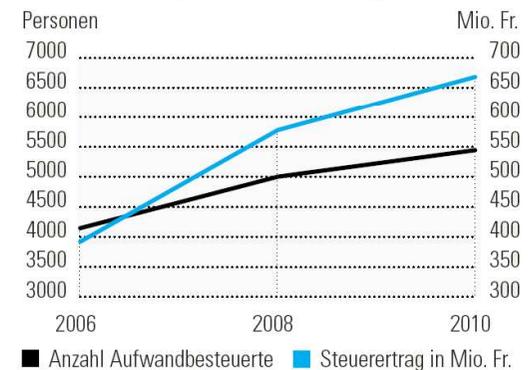
QUELLEN: maa., FDK

Anzahl Pauschalbesteuerte nach Kantonen
31. 12. 2010



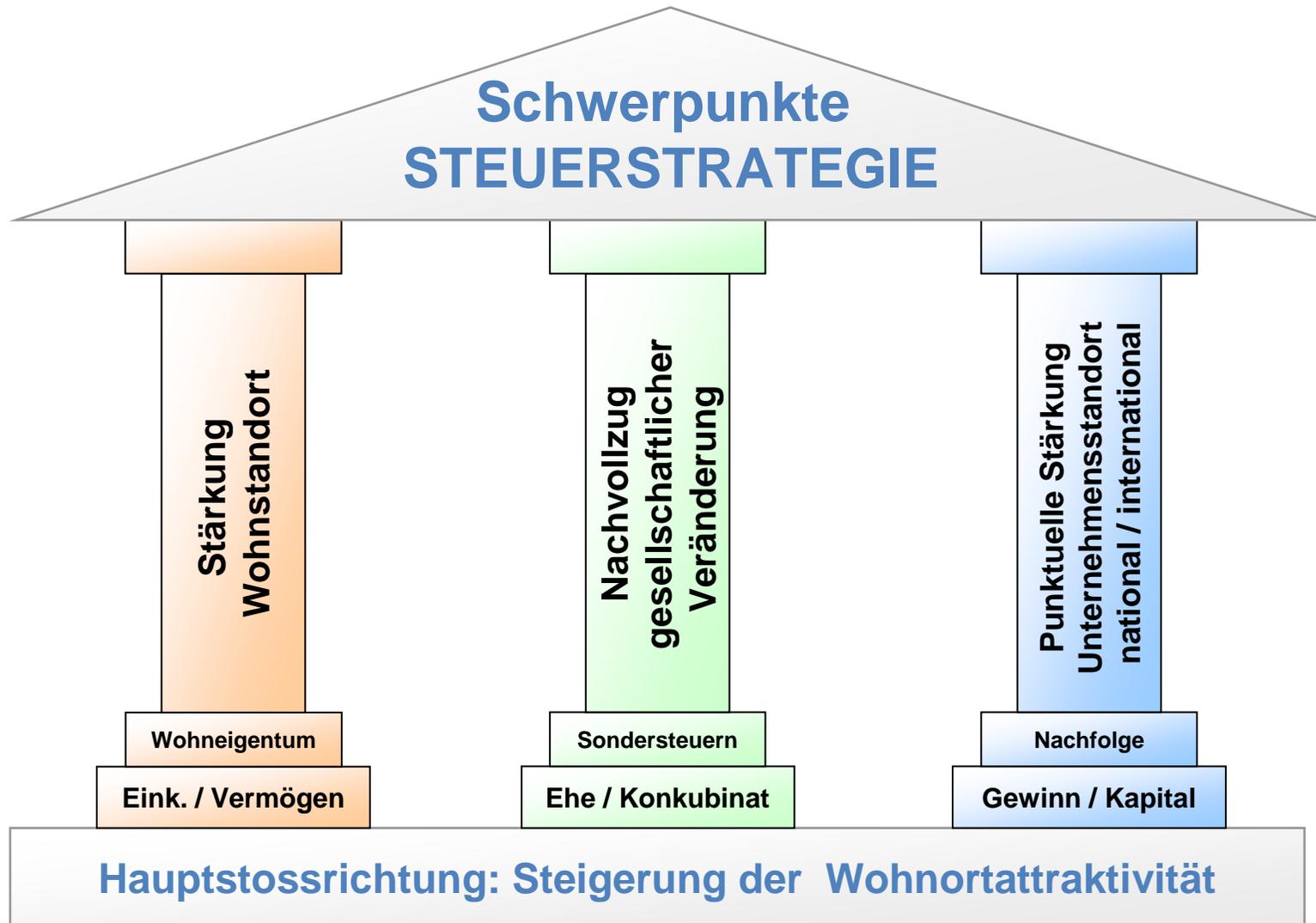
1397	Waadt	157	Luzern
1162	Wallis	127	Thurgau
776	Tessin	104	Zug
690	Genf	100	Nidwalden
287	Graubünden	398	Restliche Kantone
230	Bern		

Gesamtzahl und gesamter Steuerertrag (Schweiz)



NZZ-INFOGRAFIK / cke.

(frühestens ab 2015/2016)



Unser Nachschlageangebot → Elektronische Fact-Sheets

- International – National – Kantonal
- A4-Blatt-Kurzinformationen zu den wichtigsten Steuerthemen
- inkl. Links* auf weiterführende Informationen

Wichtig:

*Links funktionieren in der elektronischen Pdf-Dokumentation; Download via unsere Webseite:

http://www.steuern.lu.ch/fact-sheets_sammlung.pdf